

Gemeinsame Erklärung der Bürgerinitiativen aus Borken, Drensteinfurt und Nordwalde

24.03.2011

Ran an die Kernfragen!

Die Bürgerinitiativen aus Borken, Drensteinfurt und Nordwalde sehen die 'Expertenrunde', die von der Bezirksregierung Arnsberg organisiert wurde, als Auftakt für den Diskussionsprozess 'unkonventionelle Gasförderung'. Antworten auf eine Vielzahl von Fragen waren an diesem Abend nicht zu erwarten, da insbesondere die umstrittene 'Fracing'-Technologie bisher in NRW nicht zum Einsatz gekommen ist.

Folgerichtig stellten die versammelten Experten fest, dass insbesondere beim Einsatz des Fracing ein Restrisiko bezüglich Grundwasservergiftung vorhanden ist. Zu einer Abschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit und der Auswirkungen von Unfällen sah sich die Gesprächsrunde nicht in der Lage.

Daher drängen die Bürgerinitiativen nun auf eine konsequenten und themenorientierte Fortführung der Diskussion, in dem den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger im Münsterland endlich ein angemessener Rahmen eingeräumt wird. Für die Vielzahl der offenen Fragen war die Zeitvorgabe der 'Expertenrunde' viel zu eng gesteckt. Hier ist ein weiterer Termin mit der Bezirksregierung notwendig, um das weitere Vorgehen und die Gestaltung der Diskussion zwischen Bürgerinitiativen und Bezirksregierung abzustimmen.

Die Bürgerinitiativen erwarten von der Genehmigungsbehörde und der Politik, dass nach einer Vielzahl von Gesprächsrunden und Informationsabenden nun endlich folgende Fragestellungen angegangen werden:

Eine konsequente Risikoanalyse und Schadensbetrachtung muss stattfinden unter besonderer Berücksichtigung der möglichen Maximalschäden, damit die eingesetzte Technologie einer rationalen Bewertung unterzogen werden kann.

- Eine rechtlich abgesicherte Festlegung des Versicherungsschutzes muss erarbeitet werden, insbesondere auf der Grundlage der zu erwartenden Maximalschäden im Falle einer Havarie.
- Zu dem Verfahren sind vollständige Stoffströme und Energiebilanzen zu erstellen, um die Energieeffizienz, die Nachhaltigkeit und die Umweltverträglichkeit der Technologie bewerten zu können.
- Eine toxikologische Bewertung des Frac-Gemisches konnte die Expertenrunde aufgrund mangelhafter Informationen nicht durchführen. Nun muss dringend eine Prüfung aller bei der Produktion in Frage kommender Stoffe durch anerkannte Toxikologen erfolgen.
- Völlig unzureichend ist bisher das Überwachungsregime der Behörden über die Vielzahl an potentiellen Bohrstellen diskutiert worden. Hier muss eine Planung erarbeitet werden, die personelle und finanzielle Ausstattung sowie Vorgehen, Umfang, Frequenz und Intensität der Überwachung festlegt.
- Angesichts der aktuellen Debatte um die Energieversorgung Deutschlands muss geklärt werden, welchen Beitrag unkonventionelles Erdgas zukünftig im Energiemix bereit stellen muss. Die unausweichliche Notwendigkeit der Ausbeute dieser Vorräte ist die zentrale Ausgangsbedingung, um überhaupt in diese Risikotechnologie einzusteigen.
- Vor dem Hintergrund der Herausforderungen im Klimaschutz und dem geplanten Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträgern muss endlich offen gelegt werden, über welchen Zeitraum die Brücke Erdgas genutzt werden soll und welche Ausstiegsstrategie aus der Karbon-Wirtschaft vorgesehen ist.

Die Bürgerinitiativen erwarten von der Bezirksregierung in Arnsberg, dass nun gemeinsam an diesen Fragestellungen ernsthaft, transparent und ergebnisoffen gearbeitet wird unter Bereitstellung aller notwendigen Informationen.

www.gegen-gasbohren.de